

## Resolution der Vollversammlung am 20. März 2025

### **Funktionierende GAP braucht weiterhin eigenständiges EU-Budget**

Bekanntgewordene Vorschläge der EU-Kommission sehen eine Neustrukturierung des EU-Budgets und eine Zusammenführung der Agrarfinanzierung mit anderen Fördertöpfen zu einem gemeinsamen Fonds vor. Mit der Übertragung von mehr Verantwortung an die Mitgliedsstaaten sollten diese auch ausschließlich über die Mittelverteilung zwischen den Wirtschaftssektoren entscheiden. Mit der vorgeschlagenen Zusammenführung geht speziell für Österreich die Gefahr einher, dass künftig weniger GAP-Gelder der EU zur Verfügung stehen könnten. Zudem würde damit auch eine Verschlechterung der österreichischen Nettozahlerposition drohen.

Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ pocht daher auf eine Beibehaltung eines eigenständigen GAP-Budgets im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen. Der Vorschlag, die EU-Ausgaben innerhalb eines einzigen Fonds umzuverteilen wird mit allem Nachdruck abgelehnt. Mit der drohenden Umverteilung könnten die Stabilität und Leistungsfähigkeit der EU-Agrar- und Lebensmittelkette erheblich gefährdet werden.

Das Bundeskanzleramt, das Bundesministerium für Finanzen und das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt, Klima, Regionen und Wasserwirtschaft werden daher von der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ mit allem Nachdruck aufgefordert, sich bei den anstehenden EU-Verhandlungen für einen neuen Mehrjährigen Finanzrahmen und für eine neue Gemeinsame Agrarpolitik im Zeitraum ab 2028 konsequent für eine Beibehaltung der bisherigen EU-Agrarfinanzierung einzusetzen. Aufgrund der zuletzt massiv gestiegenen Inflation ist zudem dringend eine entsprechende Valorisierung der EU-Agrargelder für den anstehenden Mehrjährigen Finanzrahmen im Zeitraum 2028 bis 2034 erforderlich.